

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verleger: Max Dresden Nr. 24, 2007
Lith.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Verleger: Max Dresden, Dresden, Nr. 24, 2007
Lith.: Elbgaupresse Dresden

Tagzeitung für das östliche Dresden und seine Dörfer.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtstelle Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wampitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Max-Dresden-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co., Dresden-Neustadt. — Verantwortlich für den Inhalt: Carl Dreyer, für den Verlag: Eugen Berner, beide in Dresden.

Abdruck aus dem Reichsanzeiger: Die Reichsanzeiger werden mit 20 Cent pro Seite berechnet, Anzeigen mit 30 Cent pro Zeile. Die Reichsanzeiger werden mit 20 Cent pro Seite berechnet, Anzeigen mit 30 Cent pro Zeile. Die Reichsanzeiger werden mit 20 Cent pro Seite berechnet, Anzeigen mit 30 Cent pro Zeile.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
8. Jahrgang

88

Donnerstag, den 16. April

1925

Painlevé als Nachfolger Herriots

Painlevé nimmt den Auftrag an

Kammerpräsident Painlevé hat Mittwoch nachmittag 4 Uhr dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Bildung eines Kabinetts übernehmen werde. Den Vertretern der Presse erklärte Painlevé, daß er nicht vor heute abend um 10 Uhr im Elisee erscheinen werde, um über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht zu erstatten. Er werde jedoch dann jedenfalls in der Lage sein, die Zusammensetzung des zukünftigen Ministeriums bekanntzugeben.



Painlevé

Bei der Kabinettsbildung

Kammerpräsident Painlevé, der nach 10 Uhr gestern abend im Elisee antrat, verhandelt 40 Minuten mit dem Präsidenten der Republik. Danach empfing er Briand. Gegen Mitternacht erschien Caillaux, begleitet von Watson und dem unabhängigen Sozialisten Abgeordneten Pierre Laval. 40 Minuten nach Mitternacht gestellte sich zu diesen Politikern Senator de Monzie, der Painlevé mitteilen konnte, daß der Senat das Gesetz über die Erhöhung des Notenumlaufes ratifiziert habe. Als die Unterredung ein Ende gefunden hatte, gab das Büro des Kammerpräsidenten folgendes Kommuniqué aus: Infolge Painlevés Annahme der Mission, ein Kabinett zu bilden, sind verschiedene Ministerlisten veröffentlicht worden. Kammerpräsident Painlevé läßt erklären, daß noch keinerlei Zuteilung von Portefeuilles stattgefunden habe.

Nicht Mitarbeit, aber Unterstützung

Eine Abordnung des Nationalrates der Sozialisten, die unter Führung des Abgeordneten Leon Blum den Kammerpräsidenten Painlevé aufsuchte, verließ diesen um 1/2 Uhr. Painlevé fragte die Abordnung, ob die Sozialistische Partei geneigt sei, ihm ebenfalls, sofern er die Kabinettsbildung übernehme, ihre Mitarbeit zu gewähren, wie sie diese Herriot gewährte. Die Abordnung antwortete, daß die Sozialisten, ohne effektive am Ministerium teilzunehmen, entschlossen seien, ihm gegenüber die bisherige Unterstützungspolitik fortzusetzen.

Der Sanierungsplan de Monzie angenommen

Die Kammer hat nach mehr als fünfstündiger Beratung während deren die Opposition verfuhr die Monzie'sche Überhaubit ummüßigt zu machen, mit 325 gegen 20 Stimmen die neue

Sie Hindenburg — hie Marx

Der Reichslandbund für Hindenburg

Der deutschnational eingestellte Reichslandbund veröffentlicht eine Rundgebung für Hindenburg, in der es u. a. heißt: In der klaren Erkenntnis, daß die Größe des Reiches in der deutschen Geschichte nur dann begründet und gesichert war, wenn seine Leitung über den Parteien und außerhalb materieller Interessen stand, hat der Reichslandbund während des Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten sich stets für eine Sammelkandidatur eingesetzt. Er ruft jetzt, nachdem Dr. Jarres selbst Hindenburg gebeten hat, dem Rufe weitester Volkstreu zu folgen, alle seine Mitglieder auf, ihre ganze Kraft für Hindenburg einzusetzen.

Otto Braun propagiert für Marx

Der Präsidentschaftskandidat der Sozialdemokraten für den ersten Wahlgang Otto Braun veröffentlicht im Vorwärts einen Aufruf an seine Wähler, in dem es heißt: „Kandidat aller Republikaner ist der frühere Reichsminister Wilhelm Marx. Seine Treue zur Republik ist über jeden Zweifel erhaben. Auf der anderen Seite steht jetzt Hindenburg, der, in politischen Dingen unerfahren, nur ein Werkzeug der Verbände ist, die sich hinter ihn gestellt haben. Auch die Wähler, die am 29. März noch für den kommunistischen Zersplitterungs-kandidaten Thälmann stimmten, müssen begreifen, daß die Wiederholung eines solchen Wahls nicht anders als als ein den schlimmsten Arbeiterfeinden geleisteter Dienst. Wer Thälmann wählt, hilft Hindenburg. Jene, die da glauben, „national“ zu wählen, wenn sie unserem Gegner die Stimme geben, sei zugezogen: Euer Vaterland ist auch unser Vaterland; zu dem Volke, das ihr besonders zu lieben glaubt, gehören auch wir!“

Die Jungsozialisten gegen Marx

Die kommunistische Presse berichtet aus Jena: Am ersten und zweiten Osterfeiertag fand in Jena die diesjährige Reichskonferenz der Jungsozialisten statt. Auf dieser Tagung kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen. Mit 75 gegen 45 Stimmen wurde die Wahl von Marx abgelehnt und Stimmenthaltung beschlossen.

Hindenburgs Agitationspläne

(Claener Informationsdienst.) Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, wird Generalfeldmarschall von Hindenburg im entscheidenden Stadium des Wahlkampfes ebenfalls persönlich hervortreten und programmatische Erklärungen abgeben. Zurzeit

Konvention mit der Bank von Frankreich genehmigt, wodurch die Emission der unerschaffen ausstehenden vier Milliarden Frank Banknoten ratifiziert wird. Die Opposition hat sich der Stimme enthalten. Die parteilichen Wähler haben für die Ratifizierung, die kommunistischen einstimmig dagegen abgestimmt. Ein Aufschub, wonach die Konvention nur bis 18. April abgelaufen sein soll, ist ebenfalls mit 300 gegen 175 Stimmen angenommen worden. — Die Vorläufe sind jetzt an den Senat.

Jochs Bericht

Ein Termin für die Beratung des Berichtes des Marschalls Joch über den Stand der Entlohnung Deutschlands ist von der Reichsministerkonferenz

ist in Aussicht genommen, daß Hindenburg nur in Hannover, München und Berlin sprechen wird. Die größte und bedeutendste Rede Hindenburgs dürfte in Berlin gehalten werden. Aber auch der bevorstehenden Münchener Reise Hindenburgs kommt eine große Bedeutung zu.

Ausschlußantrag gegen Müller-Meinigen

Gegen den bisherigen Führer der bayerischen Demokraten, den Landtagsabgeordneten Dr. Müller-Meinigen ist beim Vorstände der Deutschen Demokratischen Partei ein Antrag auf Ausschluss gestellt, weil Müller-Meinigen für Hindenburg eintritt.

Eine schwedische Stimme über die Hindenburg-Kandidatur

Auf Kandidatur Hindenburgs schreibt Svenska Dagbladet: Das Mißtrauen des Auslandes über die Haltung der Reichspräsidenten und die bisherige Erfahrung, daß eine deutsche Reichspräsidentenwahl die Durchführung einer Verhandlungsmöglichkeit besser erleichtert sei, als wenn eine starke Rechte in Opposition stehe. Das Blatt hat Verständnis für diejenigen Deutschen, die aus antipolitischen Erwägungen die Kandidatur Hindenburgs ablehnen. Aber es ist schwer verständlich, daß die Kritik des Auslandes von einem großen Teil Deutscher als Hilfe im Wahlkampf willkommen erachtet werde. Dieser Aufruf sei betrübend für jeden Deutschen mit elementarem nationalen Anstand. Die Behauptung der Selbstständigkeit auf dem Gebiete innerpolitischer Willensäußerung müsse im europäischen Verkehr schon aus politischen Interessen peinlich beachtet werden.

Bayern und Hindenburg

Nachdem auch der Bayerische Bauernbund gesprochen hat, ist die Lage in Bayern bezüglich der Reichspräsidentenwahl völlig geklärt. Der Bauernbund des Bauernbundes, der den Bayern Marx empfiehlt, ist darauf zurückzuführen, daß in ihm die republikanische Richtung weitaus die Oberhand beherrscht. Eine besonders große Bedeutung liegt der Meinung jedoch nicht beimessen, zumal die niederbayerischen Bauernbänder teilweise schon beim ersten Wahlgang für Marx gestimmt haben. Es ist anzunehmen, daß Bauernbänder verhältnismäßig in erheblicher Zahl der Parole nicht folgen und sich der Stimme enthalten werden. Auch die Aufforderung Hillers, die Ludendorff'sche andere Stellungnahme abzuwarten, dürfte recht wenig ins Gewicht fallen, da die Wähler in Bayern nur 70.000 Stimmen abgebracht haben. Noch weniger wird sich das Abdrücken einiger Stimmpolitiker unter den Demokraten auswirken können. Der Bayerische Volkspartei ist es mit der Parole für Hindenburg ziemlich ernst, aber die Neigung für Marx wird sich auch in ihren Reihen nicht überall unterdrücken lassen.

nach nicht festgesetzt worden. Das Schriftstück, das im Sekretariat der Reichsministerkonferenz gestern eingegangen ist, hat den Willern zufolge ausschließlich technischen Charakter. Beim Umfang von 41 Seiten ist nur eine Seite einer allgemeinen Erläuterung der Entwöhnungsfrage gewidmet.

Ex-Fürst Günther Viktor †

Nach einer Meldung aus Sondresburg ist der ehemalige regierende Fürst zu Schwarzburg, Günther Viktor, kurz nach Mitternacht im 73. Lebensjahre gestorben.

Die Parteien und die Reichspräsidentenwahl

In den Kreisen der Parteiführer des Reichstages herrscht im Gegensatz zu der außerordentlich starken Zurückhaltung des Reichsministers Dr. Luther gegenüber den Aussichten der Präsidentschaftswahl eine überaus zuversichtliche Stimmung. In vorbersteter Linie sind es die Deutschnationalen, die an dem Ergebnisse des 26. April am stärksten interessiert sind und die davon ihre weitere Haltung zur Regierungspolitik im Reich abhängig machen werden. Von deutschnationaler Seite wird unumwunden erklärt, daß man sich nicht vorzuziehen könne, wie eine rechtsorientierte Regierung mit einem Reichspräsidenten Marx zusammenarbeiten solle. Wenn Marx gewählt werde, so bedeute dies die Rückkehr der deutschnationalen Partei zur Opposition. Obwohl es die deutschnationale Partei selbst kaum darauf anlegen würde, aus der Reichsregierung auszusteigen, so könne man doch voraussehen, daß das Zentrum mit Nachdruck daran arbeiten würde, eine andere parlamentarische Konstellation im Reichstage herbeizuführen. Im umgekehrten Falle würde die Regierungspolitik durch eine Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg sich stark nach rechts orientieren, und die rechtsbürgerliche Front würde dann weitestlos stark genug sein, um den kabinettstürzerischen Absichten des linken Zentrumsflügels Stand halten zu können.

Die sozialdemokratischen Führer lassen durchblicken, daß man an einem Wahlerfolge des Präsidentschaftskandidaten Marx in erster Linie nur zu dem Zweck interessiert sei, damit die Auslieferung der einflussreichsten Reichspositionen im Reich an die monarchistischen Kreise der Rechten verhindert werde. An eine Wiederherstellung der Großen Koalition im Reich könne die Sozialdemokratie vorläufig nicht glauben; denn die Rechtsorientierung der Deutschen Volkspartei verbiete von selbst ein Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei innerhalb eines Reichskabinetts. Auf absehbare Zeit hinaus würden sich die Sozialdemokraten von der Reichsregierung fernhalten, zumal das Beispiel der englischen und französischen Sozialisten beweise, daß es für die sozialistischen Richtungen am vorteilhaftesten sei, in der Rolle einer loyalen und sachlichen Opposition auszuharren. Dagegen sei aber die Sozialdemokratie entschlossen, in Breiten unter allen Umständen an der bisherigen Regierungspolitik festzuhalten.

Was die Demokraten anbetrifft, so verpflichten sie sich von einem etwaigen Wahlerfolge des Präsidentschaftskandidaten Marx außerordentlich viel. Die demokratischen Führer sind der Auffassung, daß schon die außerpolitischen Probleme die Regierung Luther dazu zwingen würden, eine Rekonstruktion ihrer parlamentarischen Basis vorzunehmen. Wenn dann die Deutschnationalen darauf bestehen sollten, ihren bisherigen Einfluß auf die Regierungspolitik im Reich behaupten zu wollen, dann könne von einem Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung niemals die Rede sein. Ein solcher Reichspräsident wie Marx würde in einem solchen Falle sehr wohl wissen, welche Schritte er zu unternehmen habe. Einen Sieg Hindenburgs halten die Demokraten für ganz unwahrscheinlich und betonen, daß für sie in einem solchen Falle kaum irgendeine Möglichkeit bestehe, aus der gegenwärtigen Opposition herauszugehen. Vielmehr müßten